Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德 華 日 報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung auf dem Chinesischen Postamt.

8. Jahrgang | Tientsin, Sonnabend, den 9. Januar 1937. | Nr. 1926

Der 30. Januar

Was am 30. Januar wirklich geschehen wird

Vielleicht Einberufung des Reichstages und Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes

Berlin, den 7. Januar (Transocean Central News) Hiesige amtliche Stellen weisen mit aller Entschiedenheit die in der ausländischen Presse erschienenen Berichte ab, die davon orakelten, dass am 30. Januar wichtige Aenderungen in der deutschen Verfassung verkündet werden sollen, wie „die Ernennung des Generalobersten Göring zum Reichskanzler — welchen Posten Adolf Hitler aufgeben und dann nur den Titel „Führer des deutschen Reiches" beibehalten werde—, sie betonen noch einmal die ganze Lächerlichkeit solcher Gerüchte, meinen aber, dass es wohl möglich sei, dass der Reichstag einberufen wird, um dem Führer die Möglichkeit zu geben, eine Uebersicht über die bisherigen Erfolge des Regimes in den abgelaufenen vier Jahren zu geben.

Vor vier Jahren habe der Führer gesagt: „Gebt mit vier Jahre!", und diese vier Jahre seien nun abgelaufen. Es sei auch möglich, dass am 30. Januar eine Kabinettssitzung anberaumt werde, da das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung für eine Zeit von vier Jahren Vollmachten gegeben hatte, und das kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angenommen worden war, am 30. Januar formell erlischt, sodass eine Neureglung notwendig wird, um die Fortdauer der Regierung vom Gesichtspunkte des Rechtes aus zu versichern.

Wie auch in früheren Jahren wird der 30. Januar als der vierte Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme mit riesigen Feiern, Versammlungen und Kundgebungen begangen werden.

Sehr klare Sprache

Die deutsche Antwort

Erstaunen und bestimmte Forderungen

Berlin, den 7. Januar (Transocean C.N.) Die Note, die die Antwort der Reichsregierung auf die kürzlich erfolgten Vorschläge von Grossbritannien und Frankreich bezüglich des Verhinderns des Zustromes von Freiwilligen nach Spanien enthält, wurde am Donnerstag nachmittag dem britischen und dem französischen Botschafter in Berlin übergeben. Wie Transocean erfährt, hat die deutsche Regierung ihre Antwort zusammen mit der italienischen Regierung entworfen, welch letztere ihre im Vorsatz identische Antwort gleichzeitig der britischen und der französischen Botschaft in Rom überreichte.

Die deutsche Antwort lautet, wie folgt:

1) Die deutsche Regierung muss vor allem ihr Erstaunen darüber aussprechen, dass die britische und die französische Regierung es für notwendig erachten, sich zum zweiten Male, während doch der Nichteinmischungsausschuss in London an der Arbeit ist, gesondert und unmittelbar an die anderen im Nichteinmischnngsausschusse vertretenen Regierungen zu wenden. Der Gegenstand ihres Aufrufes, nämlich das Verbot der Teilnahme von ausländischen Freiwilligen an den Kämpfen in Spanien, steht gerade zur Erörterung im Nichteinmischungsausschusse in London. Es ist nicht ersichtlich, wie diese Beratungen durch solche besonderen diplomatischen Schritte seitens einzelner Regierungen gefördert werden können. Wenn man das Verfahren im Ausschusse zur Besprechung der spanischen Fragen als unzulänglich oder ungeeignet betrachte, dann würde es in den Interessen der Klarheit und der einheitlichen Behandlung solcher Fragen besser sein, das Verfahren vor dem Ausschusse überhaupt einzustellen.

2) Die deutsche Regierung muss sich gegen den Eindruck, der sich aus dem Schritte der französischen und britischen Regierung ergibt, verwahren, als ob das Problem der ausländischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkriege die Schuld der deutschen Regierung sei, oder dass die deutsche Regierung sogar die Tragweite dieses Problems missverstehe. Die Reichsregierung betont in dieser Beziehung von Neuem, dass es die deutsche und die italienische Regierung waren, die von Anfang an das Verbot der Entsendung von Freiwilligen zur Teilnahme an den Kämpfen in Spanien verlangt haben, und dass es die britische und die französische Regierung waren, die sich weigerten, ein solches Verbot auszusprechen.

3) Die ursprüngliche Haltung der britischen und der französischen Regierung in dieser Frage kann nur durch die Annahme Erklärung finden, dass diese Regierungen das Einströmen von Freiwilligen s.Z. nicht als unzulässige Einmischung in die spanischen Dinge angesehen haben. Wenn diese beiden Regierungen nun einen anderen Standpunkt einnehmen, dann muss die deutsche Regierung sich ernstlich fragen, ob nicht das beantragte Verbot in diesem Augenblicke in Wahrheit nur auf eine einseitige Unterstützung der gegen die spanische nationale Regierung kämpfenden Elemente hinauslaufen würde. Nachdem die bolschewistischen Elemente in den vergangenen Monaten ungehinderten Zugang nach Spanien finden konnten, kann man sich des Eindruckes schwer erwehren, dass ein Verbot jetzt allein der bolschewistischen Partei in Spanien zu Gute kommen würde, die offensichtlich nun genügend mit ausländischen Freiwilligen versorgt ist.

4) Da aber die deutsche Regierung von Anfang an für das Verbot des Einströmens von Freiwilligen nach Spanien eingetreten ist, ist sie auch jetzt noch bereit, alle Massnahmen zur Förderung dieser Absicht zu unterstützen, muss aber die Erwartung äussern, dass in Zukunft alle Möglichkeiten einer direkten oder indirekten Einmischung in den spanischen Konflikt ein für alle Male ausgeschaltet werden. Aus diesem Grunde macht die deutsche Regierung ihre Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig:

a) dass die anderen in Betracht kommenden Staaten dieselbe Haltung einnehmen,

b) dass die Lösung aller anderen Fragen, die mit der indirekten Einmischung zusammenhängen, sofort in Angriff genommen wird,

c) dass alle in Betracht kommenden Regierungen sich damit einverstanden erklären, dass eine äusserst wirksame Ueberwachung an Ort und Stelle eingeführt wird, um die Beobachtung des zu vereinbarenden Verbotes sicher zu stellen.

Die deutsche Regierung wird ihren Vertreter im Nichteinmischungsausschusse beauftragen, die weiteren Verhandlungen auf dieser Grundlage zu führen. Sollte sich jedoch ein Uebereinkommen über das Verbot anderer Formen der indirekten Nichteinmischung nicht erreichen lassen, dann müsste sich die deutsche Regierung das Recht vorbehalten, ihre Haltung in der Frage der Freiwilligen zu überprüfen. Nach der Meinung der deutschen Regierung würde die beste Lösung des Freiwilligenproblems — wenn es sich erreichen lässt — die sein, dass alle nichtspanischen Teilnehmer an den jetzigen Kämpfen einschliesslich der politischen Hetzer und Propagandisten aus Spanien zurückgeholt werden, um so den Stand der Dinge vom August vergangenen Jahres wieder herzustellen.

Die deutsche Regierung würde sehr verbunden sein, wenn der Londoner Ausschuss sofort daran gehen würde, festzustellen, in welcher Weise eine solche Massnahme wirksam gemacht werden könnte. Die deutsche Regierung ist ihrerseits bereit bei einem solchen Schritte in jeder Weise mitzuarbeiten."

Italien spricht von der „indirekten französischen und sowjetischen Einmischung"

Rom, den 7. Januar (Transocean Central News) Italiens Antwort auf die französisch-britische Note betreffs der Frage der Teilnahme ausländischer Freiwilliger am spanischen Bürgerkriege wurde dem britischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger am Donnerstag nachmittag überreicht. Der Wortlaut der Antwort, der beinahe 4 Schreibmaschinenseiten ausfüllt, wird jedoch nicht vor Mitternacht veröffentlicht.

Der Inhalt der italienischen Antwort ist nach eingeweihten Kreisen im Einvernehmen mit demjenigen der deutschen Antwort. Italien nimmt, so sagt man, grundsätzlich den Vorschlag an, dass die Einreise ausländischer Freiwilliger nach Spanien verhindert werden sollte, sagt aber, dass Italien die Lage für sehr ernst hält, welche „die französische und sowjetrussische Einmischung" während der letzten Monate in Spanien hervorgerufen habe.

Ablenkungsmanöver der spanischen Rotregierung

Berlin, den 7. Januar (Transocean Central News) Die Proteste gegen die Beschlagnahme roter spanischer Schiffe durch deutsche Kriegsschiffe in spanischen Gewässern, die von der Valencia Regierung an die britische Regierung und an den Völkerbund gerichtet sind, werden von berufenen Kreisen als ein augenscheinlicher Versuch, die Aufmerksamkeit von den Gewaltakten auf hoher See, die die roten Spanier selbst begangen haben, abzulenken. Man betont hier, dass die roten spanischen Behörden zugegeben haben, dass die Beschlagnahm der Dampfer „Pluto" und „Palos" durch bewaffnete rote Patrouillenboote ausserhalb der Dreimeilenzone erfolgte, die international als die Grenze der spanischen Hoheitsgewässer anerkannt wird, sie haben aber den genauen Ort nicht angegenben, wo sie die beiden Dampfer mit Beschlag belegt haben.

Hiesige amtliche Kreise sagen erneut, dass das Anhalten und Kapern von 2 deutschen Schiffen wie auch die späteren Massnahmen der roten Behörden eine ernste Verletzung der Rechte der Neutralen bilden und dass massgebende ausländische Kreise die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt haben. Die britische Regierung selbst habe bei verschiedenen Gelegenheiten im spanischen Bürgerkriege erklärt, dass britische Kriegsschiffe in spanischen Gewässern alles, was in ihrer Macht liegt, tun würden, um Angriffe auf britische Handelsdampfer in jenen Gewässern zu verhindern. Deutschland hat ebenfalls klar gesagt, dass es energische Schritte nehmen würde, um die deutschen Hoheitsrechte und die deutsche Schiffahrt auf hoher See zu schützen, um eine Wiederholung von Vorfällen, wie die der „Pluto" und „Palos" zu verhindern.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 8)

Wird Kemal handeln?

Frankreich über Sandschakfrage beunruhigt

Paris, den 7. Januar (Transocean Central News) Ein wichtiges Ereignis in dem kritischen französisch-türkischen Streite wegen des Sandschaks Alexandrette war die lange Aussprache, die der französische Unterstaatssekretär für ausländische Angelegenheiten Viénot am Donnerstag zuerst mit General Oesinger, dem Oberbefehlshaber der französischen Levante-Truppen und dann mit dem türkischen Botschafter in Paris hatte. Die letztere Unterredung dauerte nicht weniger als 2 Stunden. Dabei soll Viénot stark betont haben, dass die französische Regierung über die Heftigkeit der Sprache der türkischen Presse in der Frage des Sandschak Alexandrette sehr beunruhigt sei. Zwar sollten die Verhandlunuen deshalb nicht unterbrochen werden, man beschloss aber, dass beide Regierungen sich überlegen sollten, ob es nicht gut sei, die Verhandlungen über den Fall aufzuschieben, indem man die Sandschakfrage auf die Tagesordnung der am 18. Januar stattfindenden Völkerbundssitzung setze und so die Möglichkeit der Fortsetzung der unmittelbaren Verhandlungen offen lässt.

Türkisches Vorgehen befürchtet

Paris, den 7. Januar (Transocean Central News) In Verbindung mit den Berichten über die aussergewöhnliche Sitzung des Kabinettsrates, bei welcher der Präsident Atatuerk in Eski-Schehr den Vorsitz führte, lassen die hiesigen Zeitungen die Besorgnis erkennen, dass die Türkei beabsichtige, einen „Gewaltstreich" im Sandschak Alexandrette zu tun. Die Aussenpolitikerin der „L'Oeuvre", Mme. Tabouis, schreibt heute, dass sie von Bewegungen türkischer Truppen an der Grenze von Sandschak unterrichtet sei, zwei türkische Divisionen ständen in der Nähe der Grenze, Frankreich hat nach Mme. Tabouis nur 3 Battallione in jener Gegend zu seiner Verfügung, von denen eines in Antiochia sei. Die Zeitung des rechten Flügels „Le Jour" fragt, ob die Türkei zur Hoffnung neige, das Sandschakproblem mit Gewaltanwendung zu lösen. Frankreich sei zu notwendigen Gegenmassnahmen bereit.

„Le Petit Parisien" deutet auf die „unglaubliche Heftigkeit" der Sprache der türkischen Presse gegen Frankreich hin und sagt, dass die Kundgebungen gelegentlich der Ankunft des neutralen Völkerbundsausschusses in Alexandrette klar zeigen, dass man die Ereignisse sorgfältig beobachten müsse, um unangenehme Ueberraschungen zu vermeiden. Der Aussenpolitiker des „Journal" betont, dass Frankreich vor allem zeigen müsse, dass es sich einem Versuche der Einschüchterung nicht beugen werde.